



29. Januar 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Franke zur Urteilsverkündung im Lübke-Prozess**
- **Tag der Auschwitz-Befreiung**
- **Jahreswirtschaftsbericht 2021**
- **Mehr Zeit für Steuererklärungen und Aussetzung der Insolvenzantragspflicht**
- **Elterngeld wird flexibler und einfacher**
- **Gute Krankenhauspolitik für die Menschen**
- **Franke: Solidarität ist das beste Mittel gegen die Pandemie**
- **Nominierungen für Bundestagswahl auch digital möglich**
- **Für eine moderne Ausbildung in der technischen Medizin**
- **Neu eingebracht in den Deutschen Bundestag**
 - **Kinder und Jugendliche besser schützen**
 - **Wohnen darf kein Luxus sein**
 - **Schnelles Internet für alle**
- **Bild der Woche**

Franke zur Urteilsverkündung im Lübke-Prozess

Im Prozess um den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke wurde der Hauptangeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt. Edgar Franke, der Opferbeauftragte der Bundesregierung, äußerte sich zum Urteil:

„Das Urteil ist ein wichtiger Schritt in der juristischen Aufarbeitung des rechtsextremistischen Attentats auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Die politische Aufarbeitung muss weitergehen.

Als Politiker, der leidenschaftlich für eine menschliche Gesellschaft kämpfte, bleibt Walter Lübcke uns allen in Erinnerung. In Gedanken sind wir auch bei seiner Familie.



Dieser von Hass und Menschenverachtung getriebene Mord bleibt eine Mahnung: Wir müssen die Demokratie auf allen Ebenen viel entschiedener schützen als bisher. Rechtsextremisten bedrohen all jene, die für die Demokratie eintreten. Drohungen sind für viele, die sich politisch engagieren, beinahe Alltag geworden. Immer wieder haben sich Bürgermeister an mich gewandt, die um ihre Familien fürchten. Das Herz der Demokratie schlägt in den Städten und Gemeinden. Deshalb müssen wir gerade Kommunalpolitiker viel besser schützen als bisher - Ehrenamtliche ebenso wie Hauptamtliche.

Bund und Länder müssen mehr tun, um Demokraten zu schützen: Wir brauchen hohe Wachsamkeit und mehr Einsatz der Sicherheitsbehörden. Wir brauchen eine stärkere finanzielle Unterstützung der wachsam und wehrhaften Zivilgesellschaft. Die Maßnahmen, die wir im Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auf den Weg gebracht haben, müssen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.“

Tag der Auschwitz-Befreiung

Wir gedenken am 27. Januar, dem **Tag der Auschwitz-Befreiung**, der Opfer des Nationalsozialismus: der knapp 6 Millionen europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Kranken und Menschen mit Behinderung sowie der millionenfach verschleppten Zwangsarbeiter und anderer Leidtragender.

Das Datum erinnert und ermahnt uns gleichermaßen. Die Shoa ist Teil deutscher Identität, die Auseinandersetzung damit eine Selbstverständlichkeit. Im Deutschen Bundestag fand aus diesem Anlass eine Gedenkstunde statt, die in diesem Jahr im Zeichen des Jubiläums 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland steht. Die Holocaustüberlebende Charlotte Knobloch richtete warnenden Worte an die AfD: „Sie haben Ihren Kampf vor 76 Jahren verloren“.

Esther Dilcher und Claudia Moll machten mit dem Kürzel #WeRemember auf diesen wichtigen Gedenktag aufmerksam.



Jahreswirtschaftsbericht 2021 – Die Corona-Krise überwinden



Aufgrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen durchlebte die deutsche Volkswirtschaft im vergangenen Jahr eine Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 5 Prozent zurück, nachdem es zuvor zehn Jahre lang kontinuierlich gestiegen war.

Mit dem Ende des ersten Lockdowns war das konjunkturelle Tal schnell durchschritten und die deutsche Wirtschaft kämpft sich allmählich wieder aus der Krise. Auch der Arbeitsmarkt stabilisierte sich seit Juni wieder.

Laut Jahreswirtschaftsbericht ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2021 noch

deutlich von der Pandemie beeinträchtigt wird.

Mit den Impfungen größerer Bevölkerungsgruppen wird sich allerdings die Lage stabilisieren. Durch die zu erwartende Rücknahme der aktuellen Einschränkungen wird dann die Konjunktur wieder Fahrt aufnehmen. (Download unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2021.html>)

Mehr Zeit für Steuererklärungen und Aussetzung der Insolvenzantragspflicht

Die Angehörigen der steuerberatenden Berufe leisten in der Coronakrise einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass die staatlichen Wirtschaftshilfen bei den betroffenen Unternehmen und Selbstständigen ankommen – denn die meisten Anträge müssen über externe Beratungen gestellt werden.

Wegen dieser zusätzlichen Arbeitsbelastung wird die Frist zur Abgabe der Steuererklärung 2019 durch Steuerberater bis August 2021 verlängert. In diesem Gesetz haben wir auch die Pflicht zur Antragsstellung bei Insolvenz bis Ende April 2021 ausgesetzt. Unternehmen, die durch die verzögerte Auszahlung der Hilfen in eine Notlage kommen, sollen daher nicht verfrüht einen Insolvenzantrag stellen müssen. Das würde zu Lasten der Beschäftigten gehen. Die ausgesetzte Pflicht setzt aber voraus, dass die Hilfszahlungen das Überleben des Unternehmens sichern können.

Elterngeld wird flexibler und einfacher

Mit einer Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeit-gesetzes machen wir die Leistungen noch flexibler und einfacher. Der Stundenkorridor beim Partnerschaftsbonus wird von derzeit 25 bis 30 auf 24 bis 32 Stunden ausgedehnt.



Eltern können demnach im Schnitt eine Wochenstunde weniger oder auch bis zu zwei Wochenstunden mehr arbeiten als bisher. Pandemiebedingte Abweichungen nach oben oder unten in der wöchentlichen Arbeitszeit führen weiterhin nicht zu einem Verlust von Ansprüchen. Um Eltern von Frühchen in ihrer häufig schwierigen Lage zu unterstützen, gibt es für Kinder, die sechs oder mehr Wochen zu früh geboren werden, einen zusätzlichen Monat Elterngeld.

Gute Krankenhauspolitik für die Menschen

In dieser Woche wurde im Bundestag über die Zukunft der Krankenhausfinanzierung beraten.

In seiner Rede betonte Edgar Franke: „Unser Abrechnungssystem ist viel besser als sein Ruf. Aber gerade für die Kliniken im ländlichen Raum müssen wir es praxis- und patientenorientiert weiterentwickeln“.

Einen wichtigen Schritt zur Verbesserung habe die Große Koalition auf Druck der SPD bereits unternommen: „Wir haben die Personalkosten in der Pflege aus den Fallpauschalen herausgenommen. Es lohnt sich also nicht mehr, auf Kosten der Pflege zu sparen!“

In Deutschland gäbe es ein Nebeneinander von Über- und Unterversorgung. Kleinere Kliniken, vor allem auf dem Land, erzielen oft nur geringere Erlöse, weil dort weniger Menschen behandelt werden. Franke fordert:



„Deshalb sollten wir endlich die Vorhaltekosten stärker berücksichtigen – und zwar erlösunabhängig. Der jährliche Bundeszuschuss für bedarfsnotwendige Krankenhäuser ist ein Schritt in die richtige Richtung“.

Momentan bekommen 140 Kliniken diese Förderung.

Allerdings nur jene in dünn besiedelten Regionen und nur, wenn die nächste Klinik weit entfernt ist. „Hier sollten wir nachsteuern und die Förderkriterien offener gestalten, also an die Versorgungsrealität anpassen. So wird der Zuschuss zu einem flexiblen Instrument für die optimale Versorgung vor Ort“, so Franke.

Am Ende seiner Rede appellierte der Gesundheitspolitiker an die Abgeordneten: „Über den Weg sind wir nicht immer einer Meinung, aber eins ist klar: Der Patient muss immer im Mittelpunkt stehen und eben nicht das Geld, das an ihm verdient wird!“.

Franke: Solidarität ist das beste Mittel gegen die Pandemie

Die AfD-Bundestagsfraktion forderte im Plenum, dass das Bundesverfassungsgericht das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz überprüft. Sie behauptete, dass dieses die Demokratie gefährde. Edgar Franke stellte in seiner Rede klar: Der AfD geht es dabei nicht um unsere Demokratie“.

„Die AfD behauptet, dass das dritte Bevölkerungsschutzgesetz die Demokratie bedroht. Das Gegenteil ist richtig. Es schützt sie“. Franke verwies auf die zahlreichen Verbesserungen, die insbesondere die SPD in das Gesetz hineinverhandelt habe:

„Erstens: Es gibt keine Blanko-Vollmachten für die Regierung, für den Gesundheitsminister mehr!

Zweitens: Es gibt jetzt einen klaren Rechtsrahmen für die Regierungen im Bund und in den Ländern. Im Infektionsschutzgesetz stehen beispielhaft 17 Maßnahmen, die die Regierungen vollziehen können. Dritten können wir als Bundestag jederzeit bestimmen, dass die Maßnahmen wieder aufgehoben werden müssen. Also: Am Parlament führt kein Weg mehr vorbei“.

Der Gesundheitspolitiker unterstrich, dass es die wichtigste Aufgabe der Abgeordneten sei, die Grundrechte der Bürger gegenüber dem staatlichen Handeln zu schützen.

„Wir brauchen eine ständige Abwägung, welche Einschränkungen verhältnismäßig sind – also Eingriffe in elementare Rechte der Bürger müssen immer geeignet, erforderlich und angemessen sein.“

Franke schloss mit einem Appell an die Menschen in Deutschland. Jetzt sei es entscheidend, durchzuhalten und vor allem zusammenzuhalten. „Denn Solidarität ist das wirksamste Mittel gegen die Pandemie“, so der Abgeordnete aus Nordhessen.



Für eine moderne Ausbildung in der technischen Medizin



Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig eine gute Versorgung von Intensivpatient*innen ist. Weil Frauen und Männern in der sogenannten technischen Medizin dabei eine Schlüsselrolle zukommt, bedarf es einer zeitgemäßen Ausbildung auf dem aktuellen technischen Stand.

Mit dem MTA-Reformgesetz sorgen wir für eine moderne, zukunftsorientierte und attraktive Ausbildung, die vor allem einen fairen Ausbildungsvertrag und eine angemessene Vergütung umfasst. Vor allem schaffen wir das Schulgeld ab. Damit wollen wir junge Menschen überzeugen, sich für einen der wichtigsten Berufe in der Gesundheitsversorgung zu entscheiden.

Außerdem sorgen wir für mehr Rechtssicherheit: In Zukunft sind Notfallsanitäter*innen bis zur Ankunft des Notarztes zur eigenständigen Ausübung der Heilkunde berechtigt, wenn dies der akute Gesundheitszustand der Patient*innen verlangt. Sie verlieren keine Zeit mehr an eine vorher aus rechtlichen Gründen notwendige, aber medizinisch meistens unnötige Rücksprache mit einem Notarzt, welche in Gebieten ohne Funkabdeckung womöglich gar nicht zustande kommen kann.

Nominierungen für Bundestagswahl auch digital möglich

Zurzeit können Nominierungsversammlungen nicht im gewohnten Rahmen stattfinden. Bisher sahen die Vorgaben des Bundeswahl-gesetzes keine digitalen Versammlungen zur Kandidatenaufstellung vor.

Mit einer Verordnung haben wir ermöglicht, dass Nominierungen zur Bundestagswahl 2021 auch ohne Präsenzveranstaltungen möglich sind – also digital und per Brief- und Urnenwahl.

Neu eingebracht in den Deutschen Bundestag

Kinder und Jugendliche besser schützen

Kinder und Jugendliche aus einem belastenden Umfeld besser zu schützen und ihnen mehr Chancen auf Teilhabe zu geben - das ist das Ziel des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, das wir diese Woche erstmals im Bundestag beraten haben.

Ziel ist, die Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen, den Strafverfolgungsbehörden, den Familiengerichten, der Jugendstrafjustiz und anderen wichtigen Akteuren im Kinderschutz zu verbessern.

Mit dem Gesetz werden zudem die Rechte von Pflegeeltern und leiblichen Eltern eines Kindes neu austariert. Es wird klargestellt, dass ein Kind unter bestimmten Umständen auch dauerhaft in einer Pflegefamilie verbleiben kann.

Neben der Dauerverbleibensanordnung enthält der Gesetzentwurf viele weitere wichtige Änderungen für Pflegekinder. So sollen Ombudsstellen eingerichtet werden, an die sie sich mit ihren Problemen und Beschwerden wenden können. Der Wille der Kinder soll bei Entscheidungen stärker berücksichtigt werden und sowohl leibliche als auch Pflege-Eltern sollen sich früher beraten lassen können. Schließlich sollen die Kosten, mit denen sich Pflegekinder an ihrer Unterbringung beteiligen müssen, deutlich erheblich verringert werden.

Wohnen darf kein Luxus sein

Um den nötigen Wohnraum zu schaffen, schaffen wir mit dem Baulandmobilisierungsgesetz die Grundlage für eine aktive, staatliche Bodenpolitik. Dabei wird die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschwert. Das Vorkaufsrecht für Kommunen wird gestärkt. In angespannten Wohnungsmärkten können Eigentümer verpflichtet werden, auf ihren Grundstücken Wohnungen zu bauen.

Schnelles Internet für alle

Mit der Neufassung des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes stellen wir den Ausbau von Gigabitnetzen und leistungsfähigen Mobilfunknetzen für alle sicher – egal, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt. Unter anderem können Kunden künftig weniger zahlen und leichter kündigen, wenn der Internetzugang nicht schnell genug ist. Außerdem werden Anbieter verpflichtet, den Service bei Telefon- oder Internetproblemen zu verbessern.

Bild der Woche

Homeoffice

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten folgen der Empfehlung, alle Arbeiten soweit wie möglich ins Homeoffice

zu verlegen und Sitzungen weitestgehend digital durchzuführen.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Die Arbeit im Homeoffice ist das Gebot der Stunde. Im Bild ist das Team von Esther Dilcher bei der Arbeit „auf Abstand“ zu sehen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3 Esther Dilcher und unten Download unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2021.html>, Seite 4 Bild von [PublicDomainPictures auf Pixabay](#), Seite 5 und 6 Edgar Franke, Seite 7 [Darko Stojanovic from Pixabay](#), Seiten 9 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.